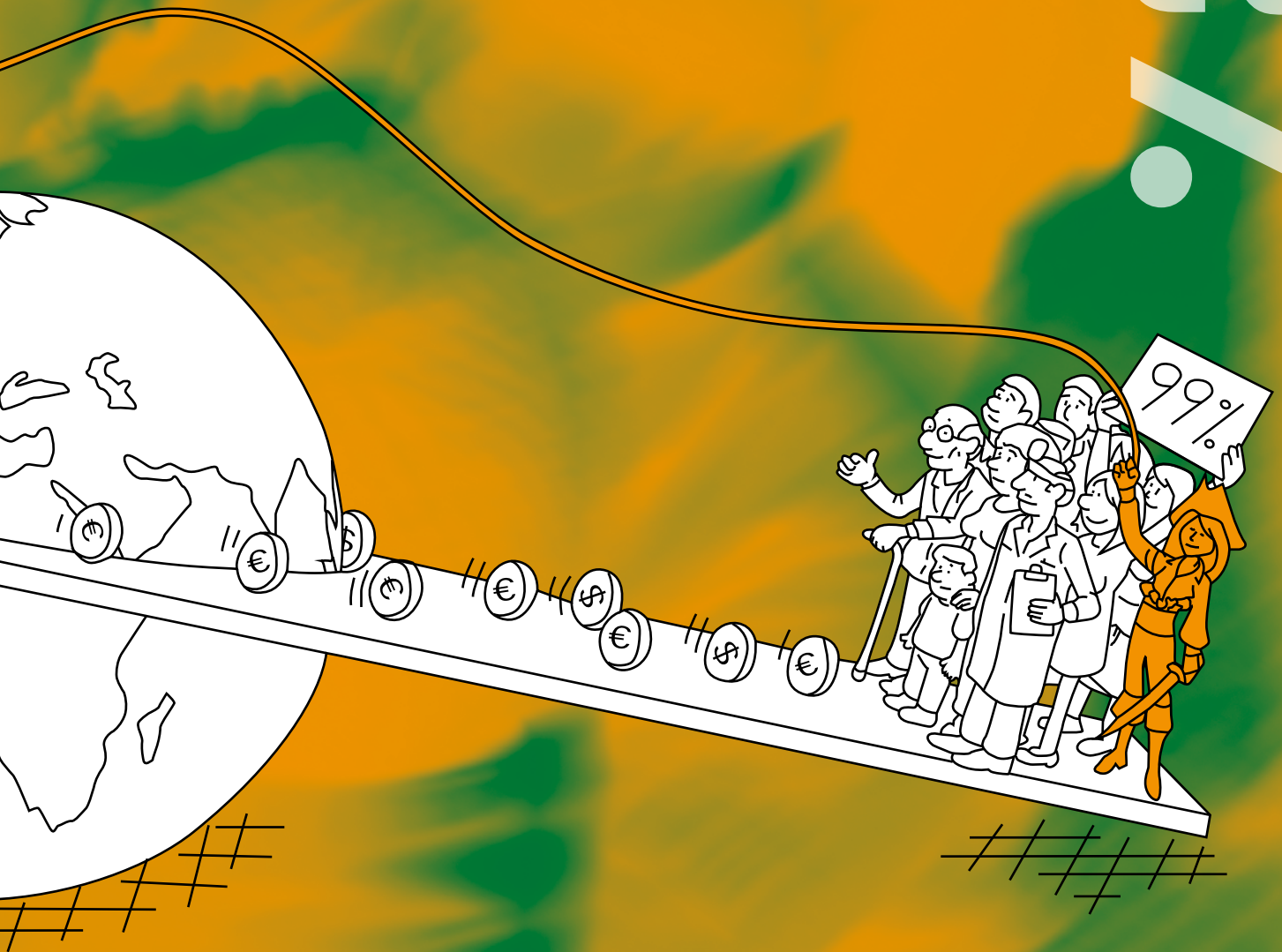


2021/1

attac





Buch + e-book

Leistungs-klasse

Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen

Veronika Bohrn Mena

Varia / 2020 / 184 Seiten / EUR 19,90 / ISBN 978-3-99046-473-1

Frauen halten unsere Gesellschaft am Laufen, sie tragen unsere Gemeinschaft. Sie bilden das Fundament unserer Wirtschaft – oftmals unbedankt und vielfach unerkannt. Mit diesem Buch möchte Veronika Bohrn Mena einen Beitrag zu einer breiten, lauten und fortschrittlichen Debatte über die dringend notwendige Umverteilung von Zeit, Geld und Arbeit leisten. Wie bereits in ihrem erfolgreichen ersten Buch Die neue ArbeiterInnenklasse stehen auch dieses Mal wieder die Menschen im Vordergrund, denen sie auf eine einzigartige Weise eine Stimme verleiht. Gleichzeitig liefert die Autorin profunde Daten und Fakten und zeigt damit Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen in Wirtschaft und Politik auf.



Buch + e-book

Grauzonen gibt es nicht

Muster sexueller Belästigung mit dem Red-Flag-System erkennen

Sara Hassan, Juliette Sanchez-Lambert

Varia / 2020 / 98 Seiten / EUR 10,00 / ISBN 978-3-99046-507-3

Ist das noch ein Flirt oder ist das schon ein Übergriff? Das ist eine Grauzone, das kann doch kein Mensch beurteilen! Mit diesem Mythos räumt das Buch „Grauzonen gibt es nicht“ auf. Es beschreibt das „Red Flag System“ — ein Alarmsystem, das sexuelle Belästigung auch in Grauzonen frühzeitig erkennt. Das Buch baut auf dem gesammelten Wissen von Betroffenen auf und beschreibt, was alles vor sich geht, wenn Menschen ihre Macht missbrauchen. Es gibt Betroffenen aber auch Beobachter_innen Instrumente in die Hand, um Machtmissbrauch rechtzeitig zu erkennen und dagegen entschlossen aufzustehen.



Buch + e-book

Körperbilder, Körpersymbole und Bekleidungs-vorschriften

Zur Repräsentation von Frauen in Werbung, Medien und Sport

Ingrid Moritz, Birgit Sauer, Asiye Sel

Varia / 2020 / 240 Seiten / EUR 29,90 / ISBN 978-3-99046-380-2

Das muslimische Kopftuch avancierte seit der Milleniumswende zum Symbol für ausschließende Diskussionen um Migration in europäischen Gesellschaften. Die Kontroversen um muslimische Körperverhüllungen kreisen um die Disziplinierung des weiblichen Körpers, aber auch um die Stigmatisierung von verhüllten Frauen als „Andere“. Dieses Buch stellt das Kopftuch in den größeren Zusammenhang von geschlechtsspezifischen Körperbildern, Körpersymbolen und Bekleidungs-vorschriften für Frauen in ganz unterschiedlichen Regionen der Welt. Die Beiträge beschäftigen sich damit, wie in den Bereichen Politik, Recht, Arbeit, Medien, Werbung und Sport über körperliche Zuschreibungen Geschlechterrollen festgeschrieben und untergeordnete sozioökonomische Positionen von Frauen reglementiert werden.

**DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG
DES ÖGB-VERLAGS**

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

IM WEBSHOP DES ÖGB-VERLAGS

BESTELLUNGEN AB 30€ VERSANDKOSTENFREI

INNERHALB ÖSTERREICH

www.shop.oegbverlag.at / fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Vorwort des Attac-Vorstands	4
-----------------------------	---

brennpunkte

Corona-Lastenausgleich	5
Die Lehren aus Corona	6
Gesundheit für alle statt Profite für wenige	8
Geldpolitik in der Pandemie	10
Brexit: Die britische Regierung wollte Deregulierung	11
Interview mit Kurt Bayer	12
Neue Agrarpolitik in den Fängen der Agrarlobby	15
EU-Handelspolitik: Keine Kurskorrektur in Sicht	16
Der Energiecharta-Vertrag	17
Moria evakuieren	17

Impressum

Attac Österreich Magazin 2021/1
Attac Österreich Jahresbericht 2020

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Elisabeth Blum,
Walarie Borowski, Wolfgang Homola,
Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at

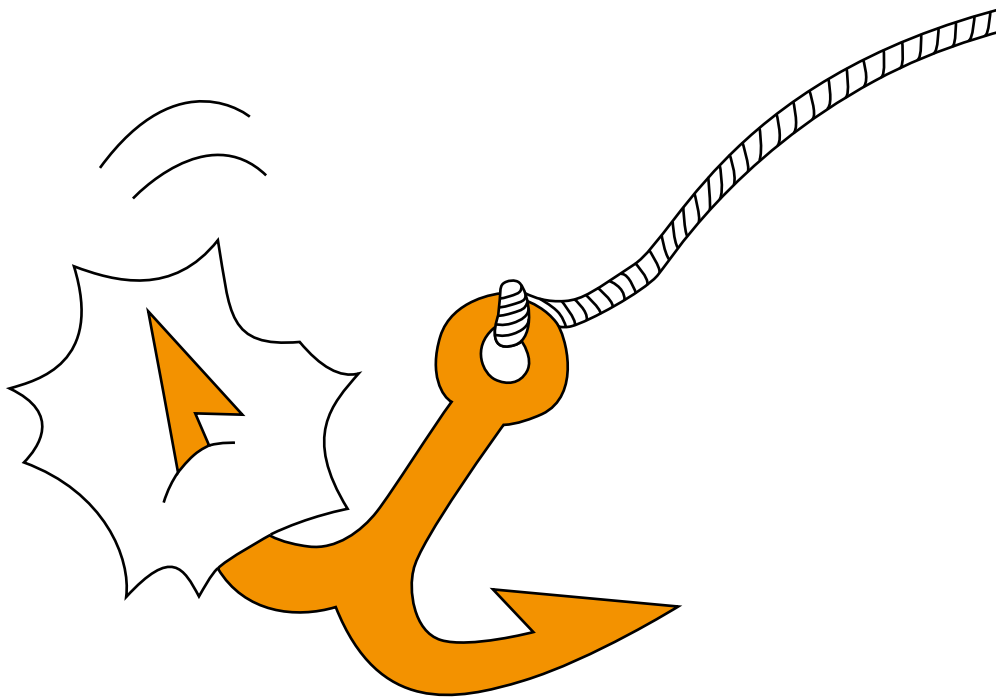
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 4.800 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Căcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Căcilia
Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentli-
chungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2021

rückblicke

Aus den Attac-Gruppen	18
-----------------------	----



liebe freundinnen und freunde von attac!

Die Corona-Krise kostet uns alle viel Kraft. Attac Veranstaltungen, die uns sonst so viel Energie und gemeinsame Perspektiven geben, wie die Aktivist*innenversammlung oder die SommerAkademie, konnten 2020 nicht stattfinden; ja sogar unser 20-Jahresfest musste ausfallen! Aber wir haben neue Formen der Zusammenarbeit gefunden. Wir haben uns rasch auf die neue Situation eingestellt und mit Webinaren und Online-Treffen unsere Arbeit virtuell fortgesetzt. Das hat uns trotz aller Einschränkungen gestärkt.

Wie geht es nun weiter? Wir müssen noch etwas durchhalten. Wir versuchen Dinge zu tun, die uns Energie geben: Wenn wir nicht rausgehen können, müssen wir nach innen schauen und neue Perspektiven entwickeln. Wir nutzen diese „Winterzeit“, um Kräfte zu sammeln, gemeinsam Strategien zu entwerfen und uns für die kommende Phase des Aktivismus vorzubereiten. Unsere Organisationsentwicklung kommt gut voran, und das Symposium „Wann, wenn nicht jetzt?! Strategien und Ansätze für radikale Veränderung“ im Herbst hat uns dafür wichtige Impulse gegeben. Bald ist nicht nur jahreszeitlich Frühling, sondern ein neuer Aufbruch steht bevor: Wir wollen mit frischer Kraft und neuen Ideen hinaus in die Welt!

Auch in Zeiten von Corona verlieren wir ein anderes Virus nicht aus den Augen – das Virus des neoliberalen Kapitalismus, der sich überall festsetzt und rasant ausbreitet: in alle Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensbereiche. Egoismus als Religion, Ausbeutung von Natur und Menschen, Profitgier als Selbstzweck. Ja, man braucht einen langen Atem, um dieses neoliberale Virus zu bekämpfen und zu isolieren. Wir holen also tief Luft und arbeiten weiter an vielen Projekten, die uns dem guten Leben für alle näher bringen. Hier einige Beispiele:

Corona-Lastenausgleich

Wir konnten rund 50 Organisationen als Unterstützer*innen für den Lastenausgleich gewinnen, und kurz vor Weihnachten hat unsere Petition zum Lastenausgleich die 10.000 Unterschriften-Marke geknackt! Immer mehr Menschen sind davon überzeugt, dass ein einmaliger Beitrag der Überreichen notwendig ist, um die Krisenlasten gerecht zu bewältigen.

Vorwort
des
Vorstands
von Attac
Österreich

4

Feministisches Konjunkturpaket & Mehr für Care!

Rund um die Vorschläge Corona-Gelder für jene Bereiche einzusetzen, die für ein gutes Leben ganz besonders wichtig sind, ist in den letzten Monaten viel Bewegung entstanden. Das feministische Konjunkturpaket zeigt, wie die Gelder sinnvoll und nachhaltig investiert werden können: in Gesundheit, psychosoziale Betreuung, Pflege, Kinderbetreuung, Bildung und Erhöhung des Arbeitslosengeldes sowie der Notstandshilfe.

Klima-Corona-Deal

Mit dem Klima-Corona-Deal forderte ein Bündnis von 94 Organisationen und mehr als 500 Wissenschaftler*innen den substantiellen und klimagerechten Umbau der Wirtschaft. Denn auch wenn Corona die Schlagzeilen dominiert – die weltweite Klima- und Naturzerstörung geht weiter und muss endlich gestoppt werden!

Sehen wir die Corona-Zäsur als Startpunkt für eine sozial-ökologische gerechte Transformation und reißen wir das Ruder herum. Dafür brauchen wir die Macht der vielen – gehen wir gemeinsam gestärkt in die Zukunft!

Euer Attac Vorstandsteam

corona- lastenausgleich

ein beitrag gegen die wachsende Ungleichheit

Seit Beginn der Corona-Krise steigt die soziale Ungleichheit in fast allen Ländern an. Das Vermögen der Milliardär*innen wuchs weltweit auf den neuen Rekordwert von mehr als 10 Billionen Dollar. Die 100 reichsten Menschen der Welt konnten ihre Verluste durch Corona laut Studien innerhalb von 9 Monaten wieder wettmachen. Das Vermögen von Amazon-Chef *Jeff Bezos* ist in der Krise auf über 200 Milliarden US-Dollar angestiegen. Nie zuvor hat ein einzelner Mensch so viel besessen. In Österreich besitzen die 40 reichsten Familien des Landes je über 1 Milliarde Euro – und auch sie werden immer reicher:

Der reichste Mann Österreichs, *Dietrich Mateschitz*, darf sich im Krisenjahr über 342 Millionen Vermögenszuwachs freuen. Sogar für ihn ein Rekord. Sein Salzburger Energydrink-Produzent Red Bull konnte im vergangenem Jahr mit 818 Millionen Euro eine zehnpromtente Gewinnsteigerung verzeichnen.

René Benko, drittreichster Österreicher, fordert von der Bundesrepublik Deutschland finanzielle Unterstützung ein, damit seine Warenhauskette Karstadt unbeschadet durch die Krise kommt. Als Druckmittel dienen die 30.000 Arbeitsplätze, die an Karstadt hängen. Dabei hatte Benkos Signa Gruppe im Jahr zuvor noch über eine Milliarde Euro Gewinn verzeichnet.

Auch der Eigentümer des Glücksspielkonzerns Novomatic, *Johann Graf*, kommt gut gepolstert durch die Krise. Während im Sommer 2020 3.200 Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit geschickt wurden, zahlte sich der Milliardär eine saftige Dividende von 50 Millionen aus. Der Umsatzeratz bringt Novomatic laut „Profil“ monatlich 10 bis 22 Millionen Euro aus staatlichen Kassen. Dennoch wurden im Oktober 120 Menschen gekündigt.



Wer trägt aktuell die Lasten der Corona-Krise?

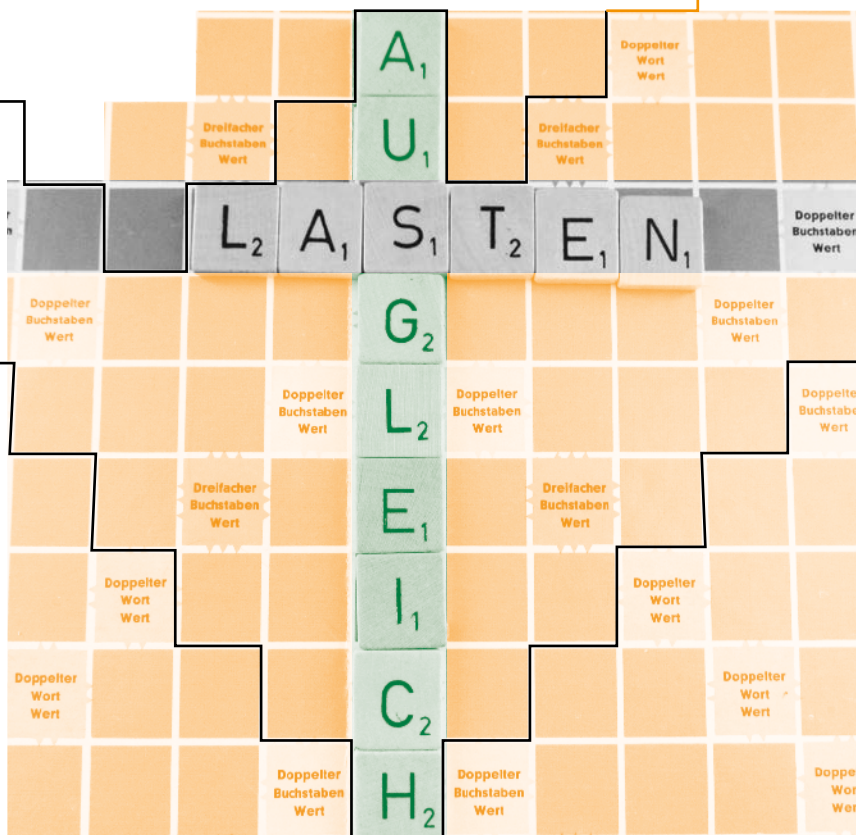
Den Milliardär*innen gegenüber stehen Pfleger*innen, Supermarktangestellte und Paketzusteller*innen, die uns mit ihrer harten Arbeit durch die Krise bringen. Alte Menschen und Risikogruppen, Kinder und ihre Eltern, besonders Alleinerziehende, sind durch die Lockdowns enorm belastet. Über eine halbe Millionen Menschen in Österreich sind arbeitslos. Allein die bisherigen Hilfen für Unternehmen, Kurzarbeit und die Gesundheitskosten machen schon jetzt mehr als 50 Milliarden Euro aus.

Unterstützung für einen Corona-Lastenausgleich wächst

Mit unserem Vorschlag eines Corona-Lastenausgleichs haben wir schon kurz nach Beginn der Pandemie einen konkreten Vorschlag gemacht, wie wir die Kosten der Krise gerecht teilen können. Dafür brauchen wir einen Beitrag von all jenen, die mehr als 5 Millionen Euro besitzen. Damit könnten rund 70 bis 80 Milliarden Euro eingenommen werden – mehr als ein Drittel davon allein von Milliardär*innen.

Bereits mehr als 14.000 Menschen unterstützen den Attac-Vorschlag. Darunter sind auch immer mehr Prominente wie Marlene Streeruwitz oder Florian Scheuba und zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Volkshilfe Österreich oder SOS Mitmensch.

Wir werden unseren Einsatz für einen Lastenausgleich in den nächsten Monaten weiter fortsetzen! Falls Sie noch nicht unterzeichnet haben – unterstützen auch Sie unsere Petition auf www.attac.at/lastenausgleich



sechs projekte, die wir jetzt angehen müssen

Seit einem Jahr sind wir nun im Modus der akuten Pandemie- und Krisenbewältigung. Langfristige Überlegungen und Prioritäten blieben dabei bislang meist auf der Strecke. Es ist dringend an der Zeit, erste Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Die folgenden sechs Projekte zeigen exemplarisch, was nötig ist um die Folgen der Krise gerecht zu bewältigen.

1. Gesundheit muss oberste Priorität bekommen

Die österreichische Regierung hat sich in ihrer Pandemiepolitik sehr auf das (derzeit noch recht) gute öffentliche Gesundheitssystem verlassen – ebenso wie auf den unermüdlichen Einsatz des Gesundheitspersonals. Bislang wurde aber noch nichts getan, um den Bereich und seine Beschäftigten zu stärken und deren Leistung wirklich anzuerkennen.

Es ist jetzt das absolut Mindeste, die Ärzt*innen, Pfleger*innen und anderes Gesundheitspersonal für das, was sie in der Pandemie leisten, zu entlohnen und zu entschädigen. Dazu gehören anständige Bonuszahlungen

und dann endlich die Verbesserung der Gehälter und Arbeitsbedingungen, die schon vor Corona oft eine Zumutung waren. Die Regierung muss außerdem alle Kosten und Defizite, die durch Covid-19 in den Gesundheitskassen und Spitälern entstehen, abdecken. Es darf keine Leistungskürzungen geben. Außerdem müssen Leistungen wie etwa Psychotherapie und Rehabilitation, die wir brauchen um die Folgen der Pandemie zu bewältigen, rasch ausgebaut und kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

2. Gute Arbeit schaffen, gute Absicherung garantieren

Hunderttausende haben in der Corona-Krise ihre Jobs verloren oder wissen nicht, wie es nach der Kurzarbeit weitergeht. Um Menschen in dieser Situation abzusichern braucht es, erstens, eine echte Grundsicherung. Wer arbeitslos ist, darf keinen Schikanen oder unzumutbaren Auflagen ausgesetzt sein. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung müssen erhöht, Bedingungen dafür abgebaut werden.

Zweitens muss die gesellschaftliche Arbeit gerechter verteilt werden – und dafür braucht es eine Arbeitszeitverkürzung. Die Kurzarbeit kann

von Lisa
Mittendrein

als Einstieg dazu dienen, mit öffentlicher Unterstützung und vollem Lohnausgleich für jene, die wenig verdienen.

Drittens braucht es eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive in Bereichen wie Gesundheit, Pflege und Bildung – inklusive einer Jobgarantie für jene, die sich umorientieren.

3. Zugang zu Impfungen und Medikamenten für alle statt Profite für Pharmakonzerne

Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19 werden von gewinnorientierten Pharmakonzernen produziert und durch „geistiges Eigentum“ geschützt, obwohl ein großer Teil der Forschung von Staaten finanziert wurde. Patente verteuern sie und erschweren oder verhindern die Produktion durch Firmen in anderen Ländern. Gleichzeitig sichern sich reiche Länder große Mengen Impfstoff, während Risikogruppen und Gesundheitspersonal im globalen Süden noch Jahre auf Schutz warten müssen.



Gesundheitspolitik ist eine globale öffentliche Aufgabe und darf nicht dem Profitinteresse von Pharmakonzernen unterworfen sein. Patente und geistiges Eigentum bei Medikamenten und Impfungen müssen generell abgeschafft werden. Regionale Produktionsstrukturen müssen ausgebaut werden, um Medikamente und Impfungen rasch, ausreichend und kostengünstig zu produzieren. Forschung im Interesse aller muss öffentlich finanziert werden. (Mehr dazu auf den nächsten Seiten.)

4. Klimazerstörer und Ausbeuter nicht retten, sondern umbauen

Die österreichische Regierung setzt in der Wirtschaftskrise auf umfassende, oft pauschale Unternehmenshilfen. Diese sind nicht treffsicher; während einige Betriebe überfordert werden, können andere kaum überleben. Mit Milliarden werden jene Geschäftsmodelle konserviert, die eigentlich keine Zukunft haben dürfen, weil sie auf Klimazerstörung und extremer Ausbeutung basieren. Das gilt zum Beispiel für die Flugindustrie, die „fast fashion“ Modeindustrie und die Tourismusindustrie.

Die Regierung muss sofort aufhören, Geld an jene Branchen auszuschütten, die das Klima am stärksten anheizen. Statt Flugindustrie & Co. zu retten müssen sie umstrukturiert und abgebaut werden. Auch alle anderen Branchen, die Hilfen erhalten, müssen sich verpflichten ihre Geschäftsmodelle anzupassen. Für Tourismus und Handel kann das etwa heißen, Gehälter zu erhöhen und Arbeitszeit zu verkürzen; für die Modeketten, die Produktqualität zu verbessern und Verantwortung entlang ihrer Lieferketten zu übernehmen.

5. Wirtschaft krisenfest machen und regionale Versorgung ermöglichen

Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie verwundbar das Wirtschafts- und Welthandelssystem ist. Durch die Liberalisierung von Handels- und Finanzmärkten wurde die Produktion lebenswichtiger Güter in bestimmte Weltregionen und in die Hände von immer weniger Konzernen verlagert. Globale Lieferketten führten zu Versorgungsengpässen bei lebenswichtigen Gütern wie etwa Atemgeräten, Schutzbekleidung, Medikamenten oder Lebensmitteln.

Es ist höchste Zeit, lokale und regionale Produktionsstrukturen und Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Das muss mit essentiellen Bereichen wie Medikamenten und Impfstoffen sowie Lebensmitteln beginnen. Die Pläne der EU, angesichts der Engpässe den Aufbau der Impfstoffproduktion in Europa zu fördern, sind ein erster Schritt.

Gemeinden und Städte müssen ökologisch und regional produzierte Lebensmittel beziehen und so regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Für weitere Wirtschaftsbereiche müssen Regionalisierungspläne erstellt werden; es darf keine weiteren Handelsabkommen nach altem Muster mehr geben.

6. Mit dem Corona-Lastenausgleich einen gerechten Beitrag der Reichsten ermöglichen

Die Lasten der Corona-Krise sind enorm – auch in finanzieller Hinsicht. Allein die bisherigen staatlichen Maßnahmen machen schon jetzt mehr als 50 Milliarden Euro aus, und die Krise ist leider noch lange nicht vorbei. Um diese öffentlichen Kosten der Krise gerecht zu bewältigen, fordern wir einen gerechten Beitrag der Reichsten – den Corona-Lastenausgleich. www.attac.at/lastenausgleich

7



wir müssen medikamente als globale gemeingüter definieren

gesundheit für alle statt profite für wenige!



Die Corona-Pandemie macht die Konstruktionsfehler unserer profitorientierten globalisierten Wirtschaft noch deutlicher sichtbar: Globale Lieferketten, welche die leistbare Versorgung von lebenswichtigen Gütern sicherstellen sollen, funktionieren nicht. Die Märkte versagen. Es ist die öffentliche Hand, dank derer die großen gesellschaftlichen Systeme funktionsfähig bleiben. Es sind die Länder mit gut ausgestatteten öffentlichen Gesundheitssystemen, die besser durch die Pandemie kommen.

Wir zahlen die Impfstoffentwicklung, Pharmakonzerne cashen ab

Die Entwicklung, Produktion und Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen zeigt, wie wichtig der Staat ist: Impfstoffe wurden und werden mit massiver öffentlicher Unterstützung und auf Basis von öffentlicher universitärer Forschung entwickelt. Laut einer Studie wurden bisher rund 93 Milliarden Euro an Förderungen für Covid-19 Impfstoffe ausgegeben – unter anderem von den USA, der EU, Großbritannien, Japan und Südkorea. Pharmakonzerne wie Pfizer, Moderna oder AstraZeneca haben die Impfstoffe klinisch getestet und organisieren die Produktion. Im Wettlauf um den Impfstoff haben Regierungen des globalen Nordens mit diesen Kon-

zernen geheime Verträge unterzeichnet – doch ohne die Vorgabe, die Impfstoffe als freie Lizenzen oder öffentliches Gut allen zur Verfügung zu stellen. Wir zahlen also die Entwicklungskosten, und die Pharmakonzerne sichern sich die Patente.

Patente stellen Profite über Menschenleben

Patente erlauben dem Inhaber, die Benutzung einer Erfindung zu untersagen oder Lizenzen für die Erzeugung zu erteilen. Den Pharmakonzerne haben so die Macht, den Preis und die Herstellung zu bestimmen. Astronomische Profite sind garantiert. Die Zusagen, die Preise gegenüber den Ländern des globalen Nordens vorerst moderat zu halten oder Pharmaprodukte zum Selbstkostenpreis zu verkaufen, ändern daran nichts.

Das Patentsystem ist auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, nicht auf die Erforschung und Entwicklung lebensrettender Medikamente. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass ein Drittel aller Patient*innen weltweit aufgrund hoher Preise und anderer Hindernisse

von
Alexandra
Strickner



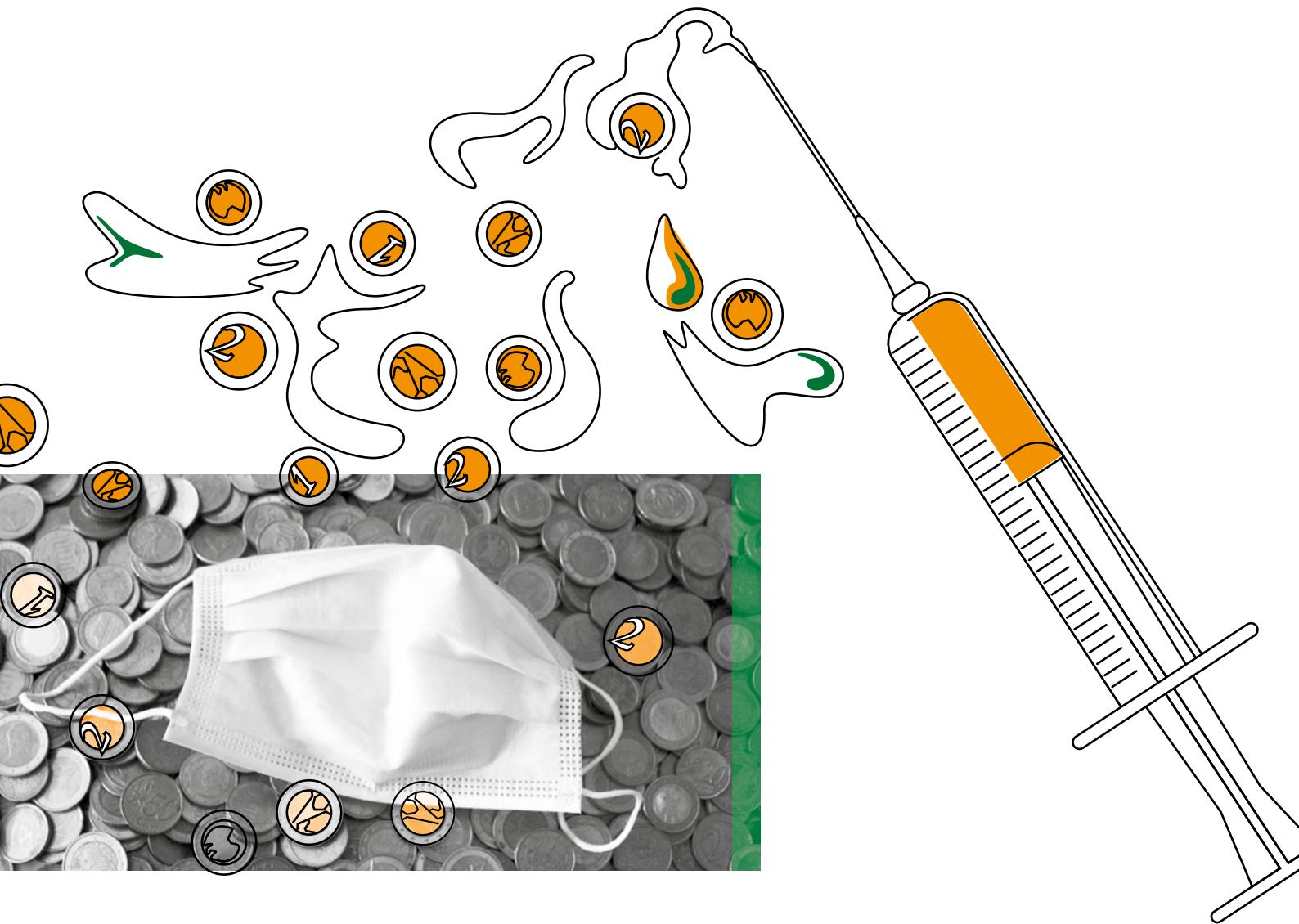
keinen Zugang zu dringend benötigten Medikamenten hat. Mit der Pandemie wird für viele sichtbar, wie tödlich Patente auf Medikamente sind.

Auf globaler Ebene werden Patentrechte für die Dauer von 20 Jahren im Abkommen über geistige Eigentumsrechte der Welthandelsorganisation WTO (TRIPS-Abkommen) abgesichert. Medikamente werden so zum Handelsgut, das sich nur reiche Länder und Wohlhabende leisten können. Punktuelle Veränderungen, wie etwa lebensrettende Preissenkungen für HIV-Medikamente gegen AIDS Anfang der 2000er, kamen erst durch jahrelangen öffentlichen Protest zustande.

Patentrechte aussetzen!

Aktuell fordern Südafrika, Indien und viele weitere Länder, Medikamente sowie Impfstoffe oder andere medizinische Produkte zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie grundsätzlich vom TRIPS-Abkommen auszunehmen. Doch bislang blockieren die EU, die USA, Großbritannien oder Japan diesen Vorschlag. Die Profitinteressen ihrer Pharmakonzerne sind ihnen wichtiger als das Leben von Menschen in anderen Weltregionen!

Zudem schnappen sich reiche Länder die verfügbaren Impfdosen von Pfizer, Moderna und AstraZeneca. Eine internationale Impfstoff-Initiative namens COVAX soll zwar die Versorgung des Globalen Südens verbessern, doch die Beiträge von EU & Co. dazu sind zu viel zu gering.



Impfnationalismus und Egoismus im Globalen Norden sind nicht nur ethisch unerträglich, sie verhindern eine rasche Bekämpfung der Pandemie. Globale Solidarität und Kooperation? Fehlangeize.

Was ist also unmittelbar zu tun?

1. Entwicklungskosten müssen transparent sein, Forschungsergebnisse müssen breit zugänglich sein – nur dann können Preise fair gestaltet werden.
2. Die EU-Kommission kann und soll die Produktion von Impfstoffen auch an andere Unternehmen vergeben. Dafür braucht sie nur eine Zwangslizenz auf die Patente von Pfizer und AstraZeneca zu nehmen – unter Berufung auf den Bedarf der öffentlichen Gesundheit (Artikel 31, TRIPS-Abkommen).

3. Die EU muss endlich den Vorschlag Indiens und Südafrikas in der WTO unterstützen, geistige Eigentumsrechte für alle zur Pandemiebekämpfung notwendigen medizinischen Produkte vorübergehend auszusetzen.
4. Bei der WHO muss ein freier globaler Patentpool geschaffen werden, der die einfache und kostengünstige Handhabung von Lizenzverträgen ermöglicht.

Die Macht der Pharmakonzerne brechen

Doch Patente sind nicht das einzige Problem. Das gegenwärtige Wirtschafts- und Handelssystem steht einer leistbaren flächendeckenden Versorgung mit notwendigen Medikamenten entgegen. Es fehlen Versorgungs- und Produktionsstrukturen. Deshalb braucht es einen internationalen Vertrag, in dem sich die Staaten zur koordinierten Forschung und Entwicklung von unentbehrlichen Medikamenten und Impfstoffen bekennen.

Medikamente müssen generell als globale Gemeingüter der Menschheit definiert werden.

Statt einer Medikamenten- und Impfstoffproduktion, die von wenigen großen zentralisierten Fabriken aus die ganze Welt beschickt, sind regionalere Produktionsstrukturen nötig. Reiche Länder müssen mit technologischer und finanzieller Unterstützung die Errichtung kleinerer Produktionsstätten in Ländern des Globalen Südens ermöglichen. So können lokale Produzent*innen Impfstoffe und Medikamente vor Ort kostengünstig – und für die Patient*innen leistbar – herstellen. Das Know-How dafür ist vorhanden. Was fehlt, ist der Wille zur internationalen Zusammenarbeit.

Arzneimittel als globale öffentliche Güter und eine Gesundheitspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an den Profitinteressen der Pharmaunternehmen, sind das Gebot der Stunde!

ezb – geschenke für banken und die reichsten

Im Zuge der Corona-Pandemie legen nicht nur einzelne Staaten und die EU großzügige „Hilfsprogramme“ auf. Auch die Notenbank der Eurozone, die EZB, mobilisiert mit ihrem „Pandemie-Notfallprogramm“ 1,85 Billionen Euro zum Ankauf von Staatsanleihen sowie Anleihen und Wertpapieren von Konzernen. Diese unvorstellbare Zahl entspricht rund einem Sechstel der gesamten Wirtschaftsleistung der Eurozone. Doch wem wird damit geholfen?

Gute Nachrichten sind die EZB-Hilfen zunächst für Banken. Durch die negativen Zinsen bekommen sie von der EZB quasi Geld geschenkt, wenn sie sich Geld von ihr leihen. Unternehmen hingegen haben nichts davon, denn diese Konditionen werden nicht an jene weitergereicht, die jetzt dringend Kredite brauchen.

Die EZB-Gelder bringen auch Konzernen billigste Finanzierungsmöglichkeiten. Unsummen werden dabei in klimaschädigende oder problematische Branchen wie die Öl-, Chemie und Gasindustrie, die Flugzeug- und Autoindustrie oder in Immobilien- und Glücksspielkonzerne gesteckt. Etwa knapp drei Viertel der EZB-Käufe österreichischer Anleihen flossen bis Oktober 2020 in die Erdöl- und Gasindustrie! Klimapolitik wird so ad absurdum geführt.

Zusätzlich kauft die EZB auch Staatsanleihen – in Summe waren es Ende Jänner 2021 rund 2,4 Billionen Euro. Und auch hier schneidet man im Finanzcasino kräftig mit.

von
Elisabeth
Klatzer

10

Denn die EZB darf Staatsanleihen aufgrund der neoliberalen EU-Verträge absurderweise nicht direkt erwerben (wie dies andere Zentralbanken wie etwa die US-Notenbank tun), sondern nur über den Umweg auf den Finanzmärkten. Ziel ist es nicht, sinnvolle öffentliche Investitionen zu finanzieren, sondern spekulative Attacken auf einzelne – von der Pandemie besonders betroffene – Länder zu vermeiden. Nötig macht das eine irre Casino-Wirtschaft, in der Staaten dem Kalkül der privaten Finanzmärkte ausgeliefert sind.

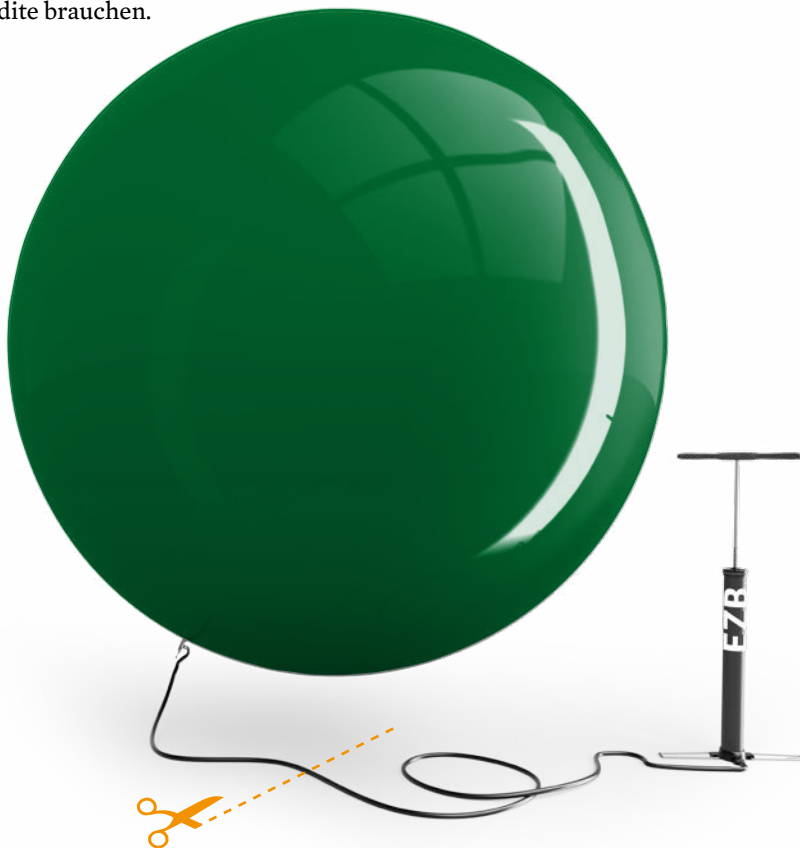
Die EZB macht Politik

Das aktuelle wirtschaftliche „Stimulusprogramm“ der EZB ist also ein Riesengeschenk für die Finanzindustrie und die Reichsten. Deren Vermögenswerte steigen, was wiederum spekulative Blasen befeuert und über kurz oder lang die nächste Finanzkrise heraufbeschwört. Die „neutrale“ EZB macht also durchaus Politik – jedoch einseitig. Das ist leider nichts Neues.

Wir erinnern uns: 2015 drehte die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zu, um die dortige unliebsame Regierung in die Knie zu zwingen.

Nichts von all den Billionen sehen hingegen jene, die in der Pandemie von Arbeitslosigkeit, Überlastung und Einkommensverlust betroffen sind. Auch kleinere und mittelständische oder gar gemeinnützige Unternehmen haben nichts vom Geldsegen.

Dabei ginge es auch anders: Eine Zentralbank mit einer Geldpolitik im Dienste der Menschen könnte helfen, eine sozial-ökologische gerechte Transformation zu finanzieren. Geld für Umweltschutz, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung, gute öffentliche Jobs, soziale Absicherung und für kleine, nachhaltige Unternehmen wäre dann genug da. Dafür brauchen wir eine EZB unter demokratischer Kontrolle und eine Politik im Interesse der Menschen. Und genau dafür werden wir uns weiter einsetzen!



brexit

die britische regierung wollte von anfang an deregulierung

Ein Teil der herrschenden Klasse Großbritanniens hat die EU schon immer verachtet. Konservative wie Boris Johnson wuchsen in dem Glauben auf, die Welt würde ihnen gehören. Mit anderen Nationen gleichberechtigt an einem Tisch zu sitzen ist für jemanden mit einer elitären Privatschulabildung quasi eine Beleidigung. Viele britische Konservative sehen in der EU sogar eine Art kommunistischer Bürokratie. Für uns, die wir den Neoliberalismus der EU kritisieren, ist das erstaunlich. Doch die britischen Brexit-Befürworter*innen sehen die EU als überregulierten, protektionistischen Superstaat, der den freien Markt in Fesseln legt.

Sie wünschen sich das Laissez Faire des britischen Empires im 19. Jahrhundert zurück. Der konservative Abgeordnete Ian Duncan-Smith fasste ihr Verständnis des Brexit tref-

hend zusammen: „Ich wünschte, ich wäre wieder 21. Ach du meine Güte, die Möglichkeiten, die junge Menschen heute haben! Wie ein Freibeuter unterwegs zu sein, Handel zu treiben, wieder die Welt zu beherrschen.“

Die Konservativen wollen die Deregulierung mit Hilfe von Handelsabkommen durchsetzen – insbesondere mit den USA, die sie als Modell einer Wirtschaft sehen, in der der Markt regiert und Reiche sich nicht mit Umverteilung und öffentlicher Gesundheitsversorgung herumschlagen müssen. Und wie wir wissen, nutzen moderne Handelsabkommen internationales Recht, um Deregulierung und Liberalisierung festzuschreiben.

Die britische Regierung legt auch schon los damit: Arbeitszeitregelungen sollen aufgehoben werden, über eine Änderung der Gentechnik-Vorschriften wird bereits beraten, und

von Nick Dearden, Global Justice Now



© Genevieve Stevenson

Finanzminister Rishi Sunak spricht von einem „Big Bang 2.0“ – dabei bezieht er sich auf die Deregulierung des Londoner Finanzzentrums in den 1980ern unter Margaret Thatcher.

Bereits im Winter forderte ein handelspolitischer Regierungsberater, Regelungen zu Datenschutz, Löhnen und Arbeitsbedingungen, Lebensmittelstandards, gefährlichen Chemikalien und riskanten Hedge Fonds-Geschäften aufzuheben.

Zu lange wurden die Menschen belogen

Viele Brexit-Befürworter*innen gehören der Ober- oder Mittelklasse an und waren von der Idee der „nationalen Souveränität“ besessen. Mit einem rassistischen „Kulturkampf“ konnten sie auch viele der „Zurückgelassenen“, vor allem ältere Menschen aus den deindustrialisierten Regionen Nordenglands, für den Brexit gewinnen. Doch genau diese Menschen unterstützen die Deregulierungspolitik der Regierung nicht, und laut Umfragen ist das Handelsabkommen mit den USA sehr unbeliebt, auch bei Bäuer*innen und Pro-Brexit-Boulevardmedien – zu lange wurden die Menschen über den Brexit belogen. Es gibt also Hoffnung.

Die britische Linke ist heute wohl so groß wie seit Jahrzehnten nicht. Aber wir sind nach mehreren Niederlagen – und mitten in einer Pandemie – erschöpft. Was für ein Land Großbritannien künftig sein wird, hängt davon ab, ob wir wieder Energie schöpfen, uns neu organisieren und mit unseren Ideen an breite Teile der Bevölkerung anknüpfen können.

Nick Dearden ist der Leiter von Global Justice Now, der britischen Partnerorganisation von Attac. Er setzt sich seit über 20 Jahren für eine gerechtere Gestaltung der globalen Wirtschaft ein und ist Autor zahlreicher politischer Analysen für namhafte internationale Medien.



„man darf das geld nicht in die alten strukturen stecken“

attac finanzexperte kurt bayer im interview

Kurt Bayer, geboren 1943, unterstützt Attac seit 2020 als Finanzexperte. Er studierte u.a. Internationale Beziehungen (Johns Hopkins University Bologna) und Volkswirtschaftslehre (University of Maryland). Zwischen 1971 und 1995 war er am österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) tätig. Danach Gruppenleiter für Wirtschaftspolitik im Finanzministerium, Mitglied des Wirtschafts- und Finanzausschusses der EU sowie Leiter der österreichischen Delegation bei der OECD. Von 2002 bis 2004 Executive Director bei der Weltbank. Anschließend bis 2012 Board Director bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in London.

Attac: Wie kommt ein ehemaliger Weltbank-Direktor zu Attac?

Kurt Bayer: Zunächst hat mich die Finanztransaktionssteuer (Anm. die Attac Gründungsforderung) schon in meiner Zeit im Finanzministerium beschäftigt. Ich bin in den EU-Gremien immer dafür eingetreten. Aber schon damals ging politisch in der Frage leider nichts weiter.

Auch in meiner Zeit bei der EBRD in London habe ich Positionen vertreten, die nicht dem Mainstream ent-

sprochen haben. So habe ich mich immer wieder gegen die Finanzierung von Firmen ausgesprochen, die in Steueroasen registriert sind. Das ist ein Riesenproblem in Entwicklungsländern. Die einzige Weisung, die ich übrigens in 5 Jahren bei EBRD aus Österreich bekommen habe, war, dass ich mich nicht zu Steueroasen äußern soll – Österreich war damals wegen dem Bankgeheimnis selbst in die internationale Kritik gekommen.

Engeren Kontakt mit Attac gab es dann ab 2013 zur Eurokrise ...

Ich bin nach meiner Rückkehr aus London bei Attac-Veranstaltungen aufgetreten – etwa zu den Bankenretungen. Der Kontakt mit Attac hat sich vertieft. Eine offizielle Beteiligung war zunächst durch andere Funktionen nicht möglich, aber schließlich habe ich 2020 zugesagt, Attac als Finanzexperte zu unterstützen.

Das Interview führte David Walch

die „be
märkte
der ne

Die Weltbank, wo du zwei Jahre tätig warst, wird von vielen sehr kritisch gesehen. Die Bedingungen für Kredite waren stets verknüpft mit neoliberalen Reformen, also mit Privatisierungen und Liberalisierungen im Interesse von Konzernen. Wie siehst du die Weltbank und deine Zeit dort?

Gespalten. Ich glaube immer noch, dass die Weltbank eine positive Kraft sein kann. Etwa im Gesundheits- oder Sozialsektor, wo neoliberale Modelle nicht so sehr im Fokus stehen. Man hat dort schon gewusst, dass funktionierende Institutionen die Voraussetzung für Entwicklung sind. Letztlich sah man aber die Aufgabe des Sozialstaats nur darin, die ärgsten Verwerfungen eines florierenden Privatsektors auszugleichen. Ich habe das in der Weltbank stets kritisiert. Es gab dort auch Leute wie Stiglitz, die vom neoliberalen Konzept weg wollten. Aber letztlich hat man diese Konzepte nie in das Investmentgeschäft der Weltbank übernommen. Regierungen, die sich dagegen gewehrt haben und eigene Modelle hatten – etwa in Lateinamerika – sind tatsächlich sehr schroff behandelt worden.

„Entfremdung“ der Finanz- welt ist der urknall neoliberalen revolution



© Stephan Rebernik Photography

Eine Reihe von Leuten hat sich auch dafür eingesetzt, dass Entwicklungsländer mehr Gewicht und Stimmrechte in globalen Institutionen erhalten. Die EU, die USA und Japan wollen davon nicht viel wissen. Für die USA ist die Weltbank ein politisches Instrument, um das westliche Marktmodell durchzusetzen. Oft sind auch die Regierungen, mit denen die Weltbank verhandelt, mit neoliberalen Konzepten ausgebildet – oder sie sind zum Teil korrupt. Ich glaube, dass die fortschrittlicheren Kräfte heute mehr Gehör finden; was aber nicht heißt, dass es eine wirklich progressive Institution ist.

Inwieweit sind Institutionen wie Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) oder die EU überhaupt reformierbar, wenn strukturelle Defizite und eine fest verankerte neoliberale Ausrichtung vorherrschen?

Globale Institutionen können nur erfolgreich sein, wenn alle mitmachen. Der andere Ansatz ist, gleichgesinnte Gruppierungen zu schaffen, dabei aber andere auszuschließen. Ich war jahrelang Romantiker und habe gesagt, man muss Lösungen auf globaler Ebene probieren und Institutionen wie die WTO reformieren. Jetzt neige ich eher dazu, dass man so nicht auf einen Nenner kommt, der den Interessen des Großteils der Weltbevölkerung zum Durchbruch verhilft.

Nach 40 Jahren Vorherrschaft des Neoliberalismus scheint es manchmal schwer vorstellbar, dass es anders sein kann. Du bist politisch in den 60er Jahren sozialisiert, als es diese Vorherrschaft noch nicht gab. Wie bewusst hast du diese Veränderung in Ökonomie und Politik erlebt?

Ich sehe diesen Wandel so nicht. Ich habe von 1967 bis 1971 Volkswirtschaft in den USA studiert, und schon damals war die Neoklassik vorherrschend. In Österreich habe ich mich ab 1971 am WIFO mit Hannes Androsch angelegt. Nicht nur, weil er korrupt war (das ist später dazugekommen), sondern weil ich mich für Einkommensverteilung und die schon damals sinkende Lohnquote interessiert habe. Die allgemeine Reaktion darauf war, dass das den sozialen Frieden störe. Es gab ja kaum Keynesianer ...

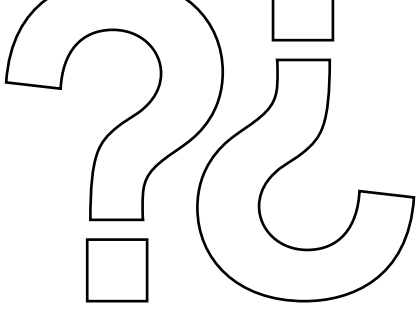
... aber die offizielle Erzählung ist doch, dass die 70er Jahre die Hochblüte des Keynesianismus in Österreich waren?

Man muss eben hinter die Fassade schauen. Die Lohnquote ist nur in einem Jahr, 1973/74, gestiegen. Und das auch nur, weil trotz Ölkrise bereits davor zwischen den Sozialpartnern verhandelte Lohnerhöhungen weitergeführt wurden. Der sogenannte Austro-Keynesianismus war also eher zu-

fällig und dem Konsensprinzip geschuldet. Vorherrschend war die Anpassung an das deutsche Modell mit Bindung an die DM, was höheren Löhnen entgegenstand. Innovativ oder eigenständig war das nicht. In Österreich gab es also keinen neoliberalen Bruch, der ist absurderweise durch den sozialdemokratischen „Modernisierer“ Androsch eingeleitet worden und hat sich dann natürlich verstärkt.

International gab es Anfang der 80er Jahre große Brüche. Die Politik von Thatcher mit der Zerschlagung der englischen Gewerkschaften, Reagan, die Liberalisierung der Finanzmärkte und des Kapitalverkehrs. Wie kamen die Mehrheiten für eine solche Politik zustande?

Das ist die große Frage – ich weiß es nicht. Aber der entscheidende Punkt ist aus meiner Sicht die Liberalisierung des Kapitalverkehrs; mit dem Argument, das Kapital fließe an den effizientesten Platz und alle würden profitieren – etwas, was man ja auch dem Freihandel unterstellt.



Ab Mitte der 80er beginnt der Finanzsektor den Realsektor zu übernehmen. Das Kapital kann global fließen um Profite zu erzielen, was durch die Bretton Woods-Institutionen (IWF, Weltbank) abgesichert wurde. Die „Befreiung“ der Finanzmärkte ist der Urknall der neoliberalen Revolution.

Du hast dich am WIFO viel mit Industriepolitik beschäftigt – ein Begriff, der in aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten nicht mehr vorkommt. Was ist das und welche Aktualität hat der Begriff in der aktuellen Corona- und Klimakrise?

Der Begriff war 20 Jahre verpönt, weil er für den neoliberalen Mainstream zu sehr nach Intervention geklungen hat, aber er kehrt zurück. Die Frage ist, was man darunter versteht: Ob Industriepolitik nur die grundlegenden Bedingungen für alle Betriebe gestaltet (etwa durch niedrige Steuern, Investitionsprämien). Oder ob man gezielt zukunftsfähige Sektoren fördert, also aktiv gestaltet. Ich weiß, dass das auch schwierig sein kann und es Negativbeispiele gibt. Aber der Staat greift schon jetzt in viele Bereiche ein und schafft die Grundlagen für Erfindungen und Entwicklungen. Das muss nicht wie in den USA der militärische Komplex sein, sondern eben Bereiche wie Gesundheitsinfrastruktur oder im grünen Bereich.

Im sozialpartnerschaftlichen Österreich hat es beides gegeben; man hat auf Produktion und Industrie viel Wert gelegt und nie allein auf Dienstleistungen gesetzt. Nötig ist heute aber eine Innovationsstrategie mit „Missionen“ und entsprechenden Produkten – etwa für die alternde Gesellschaft,

Pflege, Gesundheit oder Dekarbonisierung. Eine solche Strategie fehlt aktuell leider völlig. Wir beschäftigen in der Pflege 50.000 ausländische Arbeitskräfte zu Niedrigstlöhnen, die jetzt teilweise nicht reisen konnten – eine Katastrophe!

Du veröffentlichst laufend Zeitungskommentare zum wirtschaftspolitischen Geschehen, bist bei vielen Themen sehr engagiert ...

Mein Anliegen ist es, den öffentlichen Diskurs in Gang zu setzen. Abgesehen von dem, was einzelne Gruppen wie Attac vorantreiben, gibt es in Österreich keine Diskussion über unterschiedliche Wege in der Wirtschaftspolitik. Die Medien sind immer nur Einzel-Event getrieben. Eine regelmäßige Kolumne, um kontinuierlich Zusammenhänge darzustellen, hab ich trotz Bemühungen in keiner Zeitung bekommen. Auch in Talk-Shows treten die immer gleichen Politiker*innen auf, aber das befördert nicht das Verstehen größerer Zusammenhänge.

Das politische Personal, mit dem du Kontakt hattest, kommt – was die fachliche Kompetenz betrifft – in deinen Erinnerungen meist nicht besonders gut weg. Inwieweit sind wirtschaftspolitische Entscheidungen weniger eine Frage von Argumenten, sondern von ökonomischen Interessen, die sich durchsetzen?

Blümel, Löger oder Grasser können selbst an keiner intensiveren wirtschaftspolitischen Diskussion aktiv teilnehmen, weil ihnen das Wissen fehlt. Zudem war von ihnen die Expertise der Beamtenschaft im Finanzministerium nicht gefragt. Weil die Minister aber nie eine breitere Meinung hören, öffnet das natürlich Tür und Tor für Einflüsterer aus dem Bankbereich, von großen Konzernen oder entsprechenden Think-Tanks. Eine Diskussionsabsenz über wirtschaftspolitische Konzepte gibt es aber auch auf sozialdemokratischer Seite. Daher gibt es in Österreich seit Jahren keine ernstzunehmenden Debatten oder Strategien für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik.

Wenn aber nicht vorrangig Argumente zählen, muss der Druck für Veränderung dann von woanders kommen, also von breiten Bewegungen erkämpft werden?

Ja. Unser beider Tätigkeit richtet sich ja auch darauf. Es ist sinnvoll, dass Bewegungen gemeinsame größere Plattformen bilden. Hoffen wir, dass wir noch erfolgreicher werden.

Bist du da optimistisch?

Es müsste viel mehr und schneller passieren. Ich glaube zum Beispiel, dass die Klimakrise für viele Regionen katastrophale Folgen haben wird und ja auch schon hat.

Wie siehst du die Chancen, dass die Corona-Krise ein Umdenken befördert?

Wenn man nicht aktiv eingreift, werden die alten Verhältnisse wiederhergestellt. Wenn man die Corona-Krise für eine Veränderung der Wirtschaft nutzen will, darf man das Geld eben nicht in die alten Strukturen stecken, sondern muss neue aufbauen. Davon ist nichts zu sehen; auch nicht auf Arbeitnehmer*innenseite, weil jeder Job erhalten werden soll.

Die Möglichkeit für eine andere Wirtschaft gäbe es noch immer, weil so viel öffentliches Geld im Fluss ist, aber dafür fehlen der Regierung der Plan und die Fantasie. Daher ist jetzt der Zeitpunkt, noch stärker politisch aktiv zu werden.

derzeit wird mit der reform der EU-agrarpolitik (GAP) über die landwirtschaft im kommenden jahrzehnt entschieden. nach dem bisherigen stand der verhandlungen sind weitere rückschritte für die kleinstrukturierte landwirtschaft und biobetriebe zu befürchten.

neue agrarpolitik in den fängen der agrарlobby

Der EU-Kurs steht auf "weiter wie bisher", obwohl die Klimakrise die Landwirtschaft längst hart getroffen hat und die Corona-Krise die fatalen Auswirkungen einer exportorientierten Landwirtschaft klar ans Tageslicht brachte.

Seit über zwei Jahren wird die neue Reform der GAP auf EU-Ebene und auch in Österreich verhandelt. Eine Zeit, in der die Auswirkungen der Klimaveränderungen immer deutlicher zu spüren sind und Millionen junge Menschen weltweit auf die Straße gehen, um für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen. Eine Zeit, in der deutlich geworden ist, wie wichtig eine gute Ernährung ist und dass die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsystem unverzichtbar und völlig unterbezahlt sind. Doch die mächtige Agrarlobby Copacogeca – bei der die Landwirtschaftskammer Österreich und der Raiffeisenverband Mitglied sind – hat mit aller Kraft gegen klimagerechte Agrarpolitik und den Green Deal in der Landwirtschaft lobbyiert. Die Bauern-

von
Julianna
Fehlinger

15

bund-Europaabgeordnete Schmiedbauer meinte dazu ganz offen: „Der Druck des linken Flügels nach noch mehr Klima- und Umweltschutz ist immer intensiver geworden. Deshalb bin ich froh, dass wir jetzt den Sack zumachen konnten.“¹ Es ist schon beachtlich, wie vehement sich die österreichischen Konservativen für die Interessen der Großgrundbesitzer*innen und der Agrarindustrie in der EU einsetzen.

Letzte Chance für Ernährungssouveränität

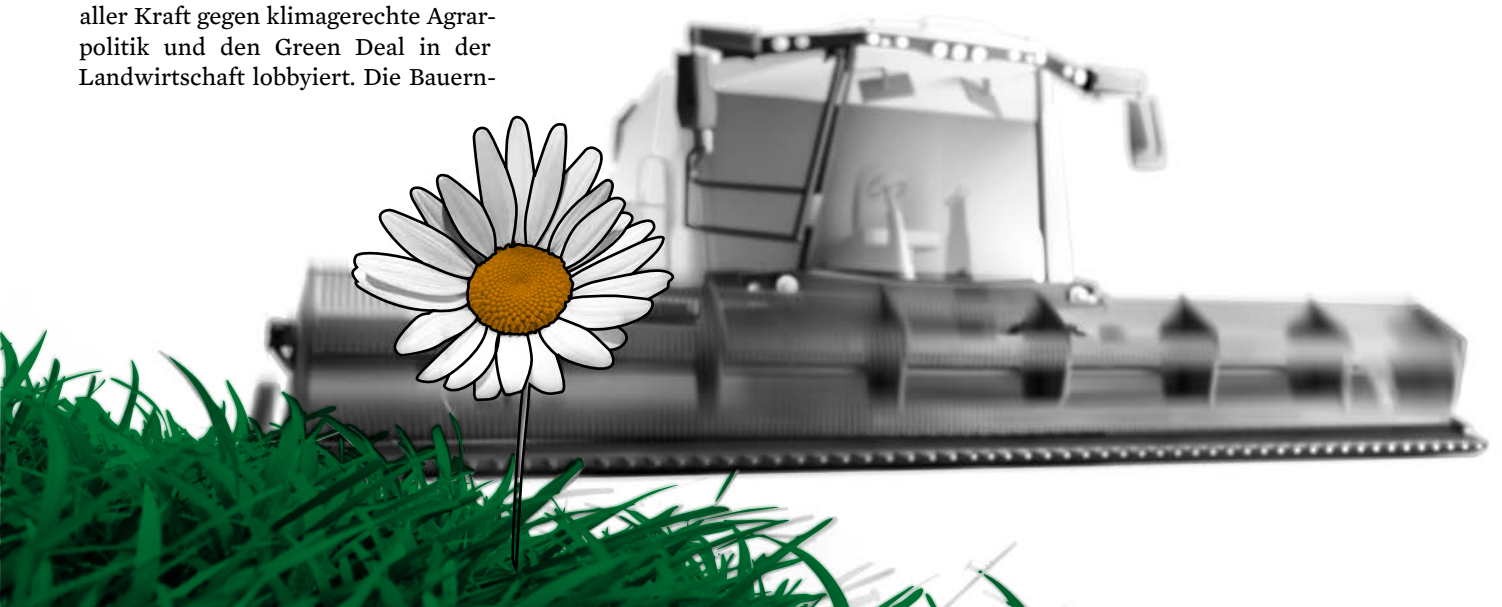
Auch in der zukünftigen GAP soll wieder nach Fläche statt nach Arbeitszeit gefördert werden. Dabei fließen schon jetzt 80% der Fördergelder an nur 20% der Betriebe.

Eine Transformation der Landwirtschaft hin zu Ernährungssouveränität und zu mehr Umwelt- und Tierschutz scheint damit in weite Ferne zu rücken.

Attac macht sich deshalb gegen das EU-Mercosur Abkommen stark, das die klimaschädliche Landwirtschaft noch weiter befeuern würde. Und gemeinsam mit vielen anderen Organisationen fordern wir, dass Umweltförderungen für landwirtschaftliche Betriebe künftig an den Verzicht auf Glyphosat geknüpft werden.

Gemeinsam mit der Nyéléni Bewegung für Ernährungssouveränität haben wir bei der Degrowth Konferenz konkrete Ziele und Lösungswege aufgezeigt: eine Transformation Richtung Agrarökologie, gute Arbeitsplätze für Bauern und Bäuerinnen und eine Demokratische Lebensmittelpolitik. Beispiele dafür gibt es schon in ganz Europa: Kopenhagen verkocht 90 % biologische Lebensmittel in den öffentlichen Kantinen, Mals in Südtirol hat durch eine große Bewegung der Bürger*innen ein Verbot von Pestiziden ausgesprochen und eine Bürgergenossenschaft gegründet – das ist ermutigend!

¹ *Blick ins Land 11/2020* vom 11. November 2020. „Vernunft hat sich durchgesetzt“. Interview von Stefan Nimmervoll mit Simone Schmiedbauer und Alexander Bernhuber, S. 6–7



EU-handelspolitik

trotz klimakatastrophe und covid-pandemie keine kurskorrektur in sicht

Es gäbe Gründe genug, die EU-Handelspolitik radikal neu zu gestalten: die immer stärker spürbaren Auswirkungen der Klimakrise, die Lieferengpässe infolge der Lockdowns, die massive Arbeitslosigkeit oder die ambitionierten Klimaziele, zu denen sich die EU 2020 verpflichtet hat.

Immer mehr Akteure – Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und renommierte Ökonom*innen wie Dani Rodrik, Joseph Stiglitz oder Paul Krugman – weisen auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Umorientierung des Welthandelsregimes hin. Der rasche sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird nur zu bewältigen sein, wenn verschiedene Politikbereiche kohärent miteinander verzahnt werden und gesellschaftspolitische Ziele wie Menschenrechte, hohe Sozialstandards, erdverträgliche Ressourcennutzung und Klimaschutz im Zentrum stehen. Die EU-Handelspolitik muss in diesem Sinne umgestaltet werden.

Die EU drängt auf weitere Liberalisierung

Eine Kurskorrektur ist jedoch nicht erkennbar, im Gegenteil: Die EU setzt trotz Corona-Pandemie alles daran, laufende Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Handels abzuschließen und so neoliberale Wirtschaftspolitik via Handels- und Investitionsabkommen völkerrechtlich zu verankern. Zudem wird die EU-Handelspolitik als Folge zunehmender geopolitischer Rivalitäten (v.a. zwischen der EU, den USA und China) noch merkantilistischer: Covid-19 Exportbeschränkungen und die zunehmende Prüfung von ausländischen Investitionen in der EU sind ein Ausdrück davon.

Noch vor China ein Abkommen mit den Mercosur-Ländern zu haben und so die Interessen europäischer Konzerne dort zu sichern ist einer der Gründe, warum die EU Kommission alles daran setzt, die Ratifizierung

von
Alexandra
Strickner

16

des Klimakiller-Abkommens EU-Mercosur 2021 auf den Weg zu bringen. Eine Zusatzerklärung und die Trennung der Abkommen in einen handelspolitischen und den restlichen Teil sollen das ermöglichen. Eine qualifizierte Mehrheit im Rat reicht dann, um den klimaschädlichen Handelsteil durchzuwinken und das Nein der österreichischen Regierung zu umgehen.

2021 soll auch das überarbeitete Abkommen mit Mexico ratifiziert werden. Es enthält u.a. die viel kritisierte Paralleljustiz für Konzerne. Auch das Investitionsabkommen EU-China – die politische Einigung wurde am 30.12.2020 bekannt gegeben – wird für uns ein Thema. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis all diese Abkommen medial als „absolut notwendig zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ verkauft werden, damit wir uns „aus der Krise exportieren“ und wir „in diesen Ländern unsere Interessen wahren.“

Wir werden uns auch in Zukunft gegen diese Abkommen und für Alternativen engagieren!

Wir brauchen jetzt massive öffentliche Investitionen in den Umbau der Energieversorgung, in klimafreundliche Mobilität und Landwirtschaft sowie in den gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Pflege, Gesundheit, etc.). So können gute Arbeitsplätze, die gleichzeitig das Klima schützen, geschaffen werden. Handelsregeln müssen so umgebaut werden, dass sie klimafreundliche und resiliente Wirtschaftskreisläufe und Produktionsstrukturen ermöglichen und gute Arbeitsplätze sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards garantieren. Kooperation und Solidarität sind die Eckpfeiler eines solchen zukunftsfähigen multilateralen Handelsregimes.



der energiecharta- vertrag

reformieren bis zum nimmerleinstag

Der Energiecharta-Vertrag, kurz ECT, bei dem derzeit 54 Länder (inklusive Österreich) Mitglied sind, ist für Konzerne im Energiesektor ein wirkungsvolles Instrument, um gegen progressive Klimapolitik vorzugehen. Die auf Basis des ECT eingereichten Klagen für "entgangene Profite" der Konzerne werden im Rahmen einer ISDS-Paralleljustiz abseits der Öffentlichkeit und nationaler Gerichte ausgehandelt.

Derzeit wird der ECT überarbeitet, um ihn mit dem Green Deal der EU und dem Pariser Klimaabkommen in Einklang zu bringen. Die vorgeschla-

genen Reformmaßnahmen bleiben allerdings marginal, eine grundlegende Änderung am ISDS-System ist nicht geplant und eine wirksame Beschränkung fossiler Brennstoffe unwahrscheinlich.

Daher steigt in Europa der politische Druck, aus dem ECT auszuweichen. In einem offenen Brief forderten über 200 Climate Leaders den Ausstieg aller EU-Länder (*endfossil-protection.org*). Infolgedessen forderten auch vier französische Minister*innen die EU Kommission auf, über einen Ausstieg nachzudenken.

von
Elisa
Schwärzler
und
Sebastian
Krivanec,
Attac
Konzern-
macht

Auch in Österreich wächst der Widerstand. Die neue Attac-Inhaltsgruppe Konzernmacht setzt sich mit kreativen Mitteln dafür ein, dass dem ECT ein Ende gesetzt wird. Erste Impulse an die Politik konnten wir schon vergangenes Jahr durch die Diskussionsveranstaltungen mit ECT-Expertin Pia Eberhardt geben; auch 2021 werden wir unsere Informationsarbeit fortsetzen. Denn Klimakiller wie der ECT müssen der Vergangenheit angehören, damit es mit der Energiewende vorangeht!



hier regiert der kanzler der schande

„moria evakuieren!“ – die geschichte einer aktion

Keine Hausübung ohne Zierleiste! In der Volksschule bin ich oft lange gesessen für möglichst schöne Zierleisten. Wie stolz ich darauf war. Ich ging auch wirklich gern in die Schule und freute mich jeden Tag auf meine Freund*innen. Ich war damals sechs oder sieben Jahre alt – genauso alt wie die Kinder, die in Moria von Ratten gebissen werden.

Wenn ich die Bilder aus den Lagern sehe werde ich wütend; oft auch traurig. Ich fühle mich hilflos und ohnmächtig. Was kann ich schon tun?

Ich kann spenden oder mit „Hardlinern“ in meiner Familie reden. Und sonst?

In den Medien wird oft über „das große Versagen der Politik“ geschwafelt. Doch das ist kein Versagen, sondern gewollt. Kurz und Co. wollen diese Bilder – wer erinnert sich daran? „Es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen“.

Im September 2020 setzten die Menschen in Moria dann selbst ein Zeichen gegen die Zustände und leisteten Widerstand. Und dann ergab

sich auch hier die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen. Ein kleines, aber immerhin. Dieser unmenschliche Kanzler brachte mich und meinen Freund dazu, auf das Baustellengerüst am Bundeskanzleramt zu steigen. Wir verkleideten uns als Bauarbeiter, gingen in die Baustelle und entrollten das Transparent.

Es ist eine Schande, dass sich Bundeskanzler Kurz aus politischem Kalkül weigert, Menschen aus völlig menschenunwürdigen Bedingungen zu retten. #LeaveNoOneBehind

17



wir wachsen trotz corona!

Im Oktober konnten wir uns zum Glück noch im Café treffen – es war nett und gemütlich, und dabei ist eine tolle Idee entstanden: Dass wir gemeinsam das Büchlein „Crash Kurs Krise – Wie die Finanzmärkte funktionieren“ lesen und besprechen. Bald danach konnten wir uns nur mehr online „treffen“, aber trotzdem sind die Gruppe und die Ambitionen exponentiell gewachsen ;-)

„Da habe ich uns als mutige und neugierige Gruppe im Nebel erlebt, die vorsichtig einzelne Schritte der Orientierung sucht und nicht (nur) in eine Richtung losstürmt“, sagte dazu Ernst.

Der bisherige Kern der (leider nur Zoom-)Gruppe besteht aus ca. einem halben Dutzend engagierter Menschen, und ständig kommen neue dazu, bleiben andere weg. Die Themen in unseren Zoommeetings wechseln je nach unseren jeweiligen Bedürfnissen

von
FinanzAttac

18

und unserem Engagement. Von den einzelnen Ebenen der Spekulation im Kapitalismus sind wir auf die flexible Rolle der Zentralbanken, auf die Funktionen des Staates (als „ideeller Gesamtkapitalist“) und in der Suche nach Alternativen auf das Verhältnis von Reform und Revolution gekommen. Teile von diesem Wissen konnten wir schon in den Text „Finanzsystem und Klima“ einfließen lassen. Der Text ist Teil eines Buchprojekts und wird im Herbst 2021 erscheinen.

Wie es weitergeht? Wir haben viele Ideen ... lasst euch überraschen!

so ein theater!

Die Attac-Seniorinnen und drei junge Frauen vom ZAP (Zivilgesellschaftliches Attac Praxissemester) wollten der Attac-Forderung nach einem Corona-Lastenausgleich von den Reichsten Nachdruck verleihen. Dazu spielten wir auf der Mariahilfer Straße ein Straßentheater.

Szene 1: Herr Reichmann sitzt bequem im Lehnstuhl, trinkt Champagner und hat an seiner Seite einen riesigen goldenen Sack, sein Vermögen.

Daneben schreibt Frau Sorgenvoll ihr siebzigstes Bewerbungsschreiben, Amina putzt unangemeldet, Pflegerin Maria ist Alleinerzieherin von drei Kindern mit viel Arbeit und wenig Lohn, Kellner Ivan wurde gekündigt und kann seine Miete nicht bezahlen. Herr Reichmann zündet sich genüsslich eine Zigarre an.

Ein Aufruf ertönt: „Attac fordert einen Lastenausgleich. Solidarität der Reichen mit den Corona-Krisenopfern!“ Flugblätter werden verteilt. Zuletzt steht der Geldsack inmitten aller Beteiligten – es ist genug für alle da!

Szene 2: Herr Reichmann sitzt bequem im Lastenrad und lässt sich herumkutschieren, ein anderer strampelt sich dabei ab.

Wieder wird der Lastenausgleich gefordert. Wir singen:

„Wer a Göd hot, is a Millionär, und wer kans hot, hot's im Leben schwer. Es is gar net ans, ob i a Göd hab, oda kans.

Wer a Göd hot, muaß an Beitrag gebn, denn wer kans hot, der mecht a guat leb'n.“

Sobald es wieder möglich ist, werden wir weiter im öffentlichen Raum für den Corona-Lastenausgleich und gerechte Lebensbedingungen werben.

von
Gitti
Schimmerl



beitrag der reichsten jetzt

In Österreich haben die meisten Menschen ein Einkommen, von dem sie ohne Hunger leben können – aber die Vermögensverteilung hat mittlerweile eine Ungleichheit erreicht, die an Feudalzeiten erinnert. Zum Glück für die Vermögenden ist die Ungleichheit so unglaublich groß, dass sie für die meisten Menschen nahezu unfassbar ist.

Wir wollten die Ungleichheit durch eine Installation erfahrbar machen. Die Vermögensverteilungskurve, auf einem Blatt Papier lediglich als zwei rechtwinkelige Achsen darstellbar, haben wir in Alltagsdimensionen transferiert. Unsere Installation löste bei vielen Betrachter*innen einen Aha-Effekt aus. Am Grazer Mariahilferplatz erhob sich die 88 Meter lange Verteilungskurve erst knapp vor dem Kirchturm vom Boden, um nach einigen Metern senkrecht bis zur Kirchturmspitze zu steigen! Da wird die Ungleichheit erlebbar.

Bei unserer Installation entsteht die Vermögenskurve, wenn wir uns alle Menschen aus Österreich nach ihrem Privatvermögen gereiht vorstellen. **Das lange Band auf dem Boden zeigt die Anzahl der Menschen** und symbolisiert die Vermögen.

1 Zentimeter stellt 1.000 Menschen dar, 10 Meter 1 Million Menschen. **88 Meter** sind es insgesamt, **das entspricht 8,8 Millionen Menschen**, also der aktuellen Bevölkerung Österreichs.

Die **senkrechte Achse** zeigt das Vermögen jedes einzelnen. **1 Zentimeter steht für 1 Million Euro Vermögen**. 10 Meter stehen für 1 Milliarde Euro Vermögen. Richtung Kirchturm wächst der Anteil an Vermögen.

Und vor dem Turm befestigten wir folgendes Schild:

Sie stehen hier bei den größten Vermögen: Das Kletterseil zum Turmfenster ist nur 30 m lang.

Für den reichsten Österreicher müsste es 160 m lang sein, sein Vermögen: 16 Milliarden Euro.

Sie müssen sich den Turm als Senkrechte vorstellen. Denn etwa 3 m vom Turm weg sind wir schon bei 1 cm Höhe: es gibt ca. 300.000 Euromillionäre in Österreich.

von Attac
Graz

91

In 10 m Höhe läge das Band nur mehr 0,4 mm von der Turmwand weg: es gibt etwa 40 Euromilliardäre in Österreich.

Allerdings war nicht einmal der Kirchturm hoch genug, um das enorme Vermögen der Reichsten korrekt darzustellen! Die Konsequenz daraus ist eindeutig: Ein einmaliger Lastenausgleich der Superreichen und reguläre Vermögens- und Erbschaftssteuern müssen her!



corona-lasten fair teilen!

Fünf Mitglieder des Attac Teams von Kärnten trafen sich an einem sonnigen Samstag Anfang Juli zu einer Theateraktion vor dem Schlosshotel Velden (am Wörthersee). Unser Stück sollte zu einer Bekanntmachung des Corona-Lastenausgleichs von Attac führen. Nachdem wir unsere „Bühne“ am Wiesenstreifen vor dem Hotel und gleich gegenüber der Bootsanlegestelle aufgebaut hatten, ging's los.

In drei Durchgängen erzählte unser Stück zugleich von der Ungleichbehandlung der Menschen in der Corona-Krise und vom Attac-Lösungsvorschlag – dem Corona-Lastenausgleich, mit dem wir die finanziellen Lasten stemmen können. Zwei als reiche Menschen verkleidete Akteur*innen besprachen die positiven Effekte der Corona-Krise auf ihr Vermögen. Ein „Arbeiter“ legte daraufhin Lasten auf eine Waage und erklärte, was alles von den nicht privile-

gierten Menschen getragen werden muss: Bildung, Pflege, Staatshilfen, Kurzarbeit ...

Auf die Frage, was die Reichen denn für die Menschen tun würden, kamen nur Almosen und auswei-

von Attac
Kärnten
Koroška

20

chende Antworten. Daraufhin verlas ein Sprecher die Forderungen von Attac. In Anschluss an das Stück verteilten wir Flugblätter an die die Passant*innen und führten spannende Diskussionen über die ungleiche Steuerbelastung zwischen den Arbeitenden und den Vermögenden in Österreich.

Hier gibt's das Video von unserem Theaterstück zu sehen: attac.at/kaernten (unter „unsere Aktivitäten“)



wie wollen wir im alter leben?



© Ilse Hanak

Die meisten Mitglieder von Attac Salzburg zählen zu jener Gruppe von älteren Menschen, die keine Angehörigen in ihrer Nähe haben und sich ein Netzwerk von Wahlverwandtschaften geschaffen haben. Diese Personengruppe wird in den nächsten Jahren – vor allem im städtischen Raum – stark wachsen. Dieses Thema hat uns bei Attac Salzburg in der letzten Zeit besonders beschäftigt. Was bedeutet es für das Individuum und für die Gesellschaft, wenn die Freundschaften älterer Menschen gefährdet sind beim eventuell notwendig werdenden

von Attac
Salzburg

Wechsel der Wohnsituation, wenn die Menschen nicht mehr allein leben können? Wartelisten und die Festlegung des Heimes am bisherigen Wohnort bei gleichzeitig geringer werdender Mobilität beschädigen ganz wichtige zwischenmenschliche Ressourcen. Es ist bekanntermaßen ein Gewinn auf vielen Ebenen, wenn sich solche Gruppen gemeinsam für betreutes Wohnen mit Pflegeoption in bereits vorhandenen Modellen einfinden, einmieten oder einkaufen könnten. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, welche Beispiele dafür bereits existieren; oft sind diese Wohnformen durch Eigeninitiativen entstanden und auf eine Weise finanziert, die für viele Menschen nicht möglich ist.

Durch die gemeinsamen Überlegungen zu diesem Thema sind wir auch als Gruppe zusammengewachsen. Und natürlich waren wir als Attac-Gruppe auch auf der Straße, zum Beispiel bei der Salzburger „Black Lives Matter“-Demo.



DIR REICHT'S AUCH?

Sag uns, was du im
Arbeitsleben unfair findest:
mir-reichts.at

Unfaire Arbeitsbedingungen, mieses Betriebsklima –
du hast genug davon? Wir verstehen dich! Sag uns, was du
gerne ändern möchtest: Mach mit bei der österreichweiten
Umfrage auf mir-reichts.at. Denn es gibt vieles, das du für
dich und deine Kolleginnen und Kollegen tun kannst!

OGB



**Damit die Arbeit
nicht das Leben frisst!**
#ArbeitszeitFAIRkürzung jetzt!

**AUGEUG**
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen
Unabhängige GewerkschafterInnen
www.auge.or.at

**EU**
Umweltbüro

SDGWATCH
AUSTRIA

EEB
European
Environmental
Bureau

Deine Expert*innen für europäische
umweltpolitische Themen
in Zusammenarbeit mit dem
European Environmental Bureau (EEB)
und SDG Watch Austria

**Europäischer
Grüner Deal
Agenda 2030**

Factsheet zum Green Deal und Newsletter-Abo
unter eu-umweltbuero.at

eeb.org
sdgwatch.at

**ALLE
REDEN IMMER NUR VON
SCHWARZEN
ZAHLEN
WIR SCHREIBEN
SOGAR
GRÜNE**

SONNENTOR®

**NACHHALTIGKEIT +
WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG?**
Die Rechnung geht auf! SONNENTOR setzt auf Gemeinwohl und macht dabei noch gutes Geld. Für Stockholder, die nur auf schnellen Profit aus sind, ist dabei aber kein Platz. Wir sind eigentümergeführt und unabhängig von externen Investoren. Unsere Gewinne zahlen wir wieder in unser Unternehmen ein – und das zahlt sich aus.

www.sonnentor.com/esgehtauchanders

**#ESGEHTAUCH
ANDERS**

**frauen*
solidarität**
feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

**Bibliothek und Dokumentation
Zeitschrift und Radio
Medien
Frauenrechte und**

Bleiben Sie informiert mit einem Abo!
Jahresabo: € 20,- in Österreich,
€ 25,- im Ausland. Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org

**IDEEN FÜR
DIE WELT**

grafikteam@attac.at

**Grafikteam
%attac**

Österreich | Deutschland | Schweiz



GEA | WALDVIERTLER Schuhe & Taschen
GEA Möbel | GEA Naturmatratzen | GEA Akademie | brennstoff

www.gea.at

